

KONSEQUENTES VORGEHEN GEGEN ILLEGALE KURZZEITVERMIETUNG

Die unterzeichnenden Bezirksrät:nnen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25.06.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für

- ein konsequentes Vorgehen der Behörden gegen illegale Kurzzeitvermietung durch Plattformen wie Airbnb im 5. Bezirk,
- die Rückgabe von touristisch genutztem Wohnraum an die Margareter:innen,
- Unterstützung von Mieter:innen bei der Anzeige von illegalen Airbnb Wohnungen im Wohnhaus aus.

Begründung

Der Wohnraum wird in Margareten immer teurer und ärmere Menschen werden aus dem einstigen Arbeiter:innen Bezirk verdrängt, weil sie sich die Mieten nicht mehr leisten können. Laut der Arbeiter*innenkammer sind in Wien rund 14.000 Wohnungen allein auf Airbnb inseriert. Das verknüpft den Wohnraum und treibt die Mieten in die Höhe. Jede Airbnb & Co-Wohnung weniger kann den Wiener:innen helfen, wieder eine Wohnung zu finden. Seit Juli 2024 gelten in Wien strengere Regeln: Wohnraum für Tourist*innen darf maximal 90 Tage im Jahr angeboten werden, Ausnahmen müssen bei der MA37 beantragt werden. Dabei müssen alle Wohnungseigentümer*innen des Hauses zustimmen. Innerhalb von Wohnzonen sind keine Sondergenehmigungen möglich. Unterkünfte im Wiener Gemeindebau dürfen keinesfalls zur Kurzzeitvermietung angeboten werden. Ausnahmegenehmigungen haben eine maximale Laufzeit von 5 Jahren und müssen dann neu beantragt werden. Allerdings wird sich in den meisten Fällen nicht an diese Regelung gehalten und eine Kontrolle findet nicht oder nicht ausreichend statt.

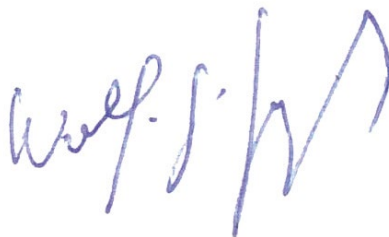
Für KPÖ & LINKS Margareten



Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau



BR Camilla Gerstner



BR DI Wolf-Goetz Jurjans